



Die Klinik in Neu-Ulm ist ein Eckpfeiler in der medizinischen Versorgung in Neu-Ulm und stellt einen wesentlichen Standortfaktor für die Stadt Neu-Ulm dar. Es ist zu befürchten, dass die Finanzierung der Klinikdefizite über die Kreisumlage Auswirkungen auf den Stadthaushalt haben wird. Aus diesem Grund ist es für uns wichtig, dass sich der Stadtrat mit der finanziellen Situation befasst.

Die Kreisumlage ist für die Stadt Neu-Ulm im Verwaltungshaushalt eine wesentliche Ausgabenposition, die im Interesse des Stadthaushalts bei den jährlichen Haushaltsberatungen sehr sorgfältig betrachtet wird. Die Kreisumlage der Stadt Neu-Ulm 2018 lag bereits bei 35 Mio € und wird ohne die von der Stadt beantragte Senkung im Jahr 2019 bei über 40 Mio € liegen. Die Kreisumlage 2019 und ggf. weitere Steigerungen führen zu einer unververtretbaren Einschränkung der städtischen Haushaltshoheit.

Die veröffentlichten Zahlen zu den Kreiskliniken machen deutlich, dass die Zukunftsfähigkeit der Kliniken auf dem Spiel steht, sofern es auf Kreisseite kurzfristig nicht gelingt, die Defizite der Kliniken durch geeignete Maßnahmen deutlich zu senken. Die Kreisumlage ist kein Ersatz für fehlende Konsolidierungsmaßnahmen bei den Kliniken.

Wir, die Neu-Ulmer Stadträte und Stadträtinnen von CSU, GRÜNEN und PRO, stehen zu einer guten Krankenhausversorgung in der Region. Der Betrieb der Kreiskliniken darf dabei aber nicht fortgesetzt zu untragbaren finanziellen Belastungen aller Kreiskommunen führen.

Wir schlagen daher vor, den Landkreises und die Verwaltung der Kreiskliniken aufzufordern, möglichst bereits für das Jahr 2019 eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreiskliniken zu erreichen und möglichst schnell eine tragfähige Konzeption zu erarbeiten.

Für die CSU-Fraktion:
Grünen:

Für die Fraktion von PRO:

Für die Fraktion der

Johannes Stingl

Stephan Salzmann

Mechthild Destruelle